

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15



Inhalt

Ohne handlungsfähige Europäische Union droht ein Flächenbrand an Minderheitenkonflikten, erklärt der stellvertretende Leiter der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, **Robert Antretter MdB.**

Seite 1

Die türkische Regierung versucht die Welt zu täuschen, wenn sie vorgibt, in Südost-Anatolien freie Kommunal- und Bürgermeisterwahlen durchführen zu lassen, betont das Mitglied der Arbeitsgruppe Kurden der SPD-Bundestagsfraktion, **Peter W. Reuschenbach MdB.**

Seite 2

Die Absicht der Regierung die Sonntagsarbeit durch die Hintertür einzuführen, verurteilt **Renate Rennebach MdB.**

Seite 3

Spürbare Folgen für Medien, die die Persönlichkeitsrechte verletzen, fordert nach eigenen Erfahrungen mit der BILD-Zeitung **Hans BÜchler MdB.**

Seite 4

49. Jahrgang / 38

24. Februar 1994

Ein starkes Europa hätte das Morden in Bosnien stoppen können

Ohne handlungsfähige Europäische Union droht ein Flächenbrand an Minderheitenkonflikten

Von **Robert Antretter MdB**

Sprecher der Arbeitsgruppe Europarat und stellvertretender Leiter der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Am 12. Juli dieses Jahres wird das Europäische Parlament zum dritten Mal direkt gewählt. Bürger aus allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages dazu aufgerufen, ein Parlament zu wählen, das in seinen Rechten wesentlich gestärkt worden ist. Auf wichtigen Feldern der Umwelt- und der Sozialpolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Binnenmarktgesetzgebung kann nicht mehr gegen den Willen der europäischen Parlamentarier entschieden werden. In einer Zeit des wiedererwachenden Nationalismus und neuer auf ethnischen und nationalen Zugehörigkeiten beruhenden Grenzziehungen ist dieses Parlament der entscheidende Hoffnungsträger für ein offenes, bürgernahes und solidarisches Europa.

Seit der letzten Europawahl im Juni 1989 haben sich jedoch die Rahmenbedingungen für die Europapolitik wesentlich geändert: Staaten sind von der Landkarte verschwunden und neue entstanden und das Ende der Ost-West-Konfrontationen hat zu einer tiefen Verunsicherung darüber geführt, worin das eigentliche Endziel der europäischen Einigung besteht. Insbesondere das Ziel eines europäischen Bundesstaates wird zunehmend in Frage gestellt.

Die Debatte über den Endzustand der Europäischen Union führt jedoch an den tatsächlichen Herausforderungen der Europapolitik vorbei: Das Morden und die sogenannten ethnischen "Säuberungen" in Bosnien-Herzegowina hätten gestoppt werden können, wenn die Europäische Union durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, entschlossen und geschlossen in der jugoslawischen Krise aufgetreten wäre. Ohne eine handlungs- und entscheidungsfähige Europäische Union, die in der Lage ist, Konflikte zu verhindern und einzudämmen, droht in Ost- und Südosteuropa ein Flächenbrand an Minderheitenkonflikten. In der Hilfestellung und Heranführung der jungen Demokratien Osteuropas an

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53007 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemalpaier-Umgebung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



die Europäische Union liegt denn auch eine der großen Zukunftsherausforderungen für die Europapolitik. Sie bietet zugleich die Chance, wieder in das Bewußtsein zu rufen, daß die europäische Einigungsidee vorrangig darauf abzielt, eine gesamteuropäische Friedensgemeinschaft zu begründen. Daß zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mittlerweile eine kriegerische Auseinandersetzung als völlig undenkbar erscheint, ist nicht zuletzt ein Ergebnis der europäischen Integration. Die Europäische Union steht heute für ein Modell des Zusammenwachsens der Völker, in dem die Grenzen ihren fremden Charakter verlieren, die Vorteile eines europaweiten Binnenmarktes genutzt werden können und die Probleme, die die Staaten überfordern, gemeinsam angegangen werden. Nunmehr kommt es darauf an, daß die Europäische Union zu den zentralen Gegenwartsproblemen der neunziger Jahre überzeugende Lösungsgrundsätze entwickelt. Mit ökonomischer Kleinstaaterei werden wir die strukturellen Probleme des Wirtschaftsstandortes Europa nicht lösen und den Arbeitslosen keine Perspektiven vermitteln können. Gegenüber den technologischen Herausforderungen Japans müssen wir unsere knappen Kräfte bündeln, damit wir bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig bleiben. Die ökologischen Folgelasten unserer Industriegesellschaft erfordern europäische Lösungsansätze. Und was die bei offenen Grenzen unverzichtbar erforderliche Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Kriminalität betrifft, so hat der Maastrichter Vertrag hierzu die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Sie gilt es nun zu nutzen und zügig umzusetzen.

(-/24. Februar 1994/hgs/ks)

Ankara versucht die Welt zu täuschen
Freie Wahlen in Südost-Anatolien - eine Farce

Von Peter W. Reuschenbach MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Kurden der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

Bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen am 27. März will die türkische Regierung demonstrieren, daß die kurdischen Kräfte in Südost-Anatolien, die kulturelle Entfaltungsmöglichkeit, ein starkes Maß an örtlicher und regionaler Selbstverwaltung und wirkliche Achtung der Menschenrechte verlangen, eine Minderheit darstellen.

Die Umstände und Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattfinden, lassen schon jetzt den Schluß zu, daß diese Wahlen eine Farce sind.

Nicht nur der militärische Ausnahmezustand, dem der Südosten der Türkei unterworfen ist und der soeben auf Drängen des Militärs wieder verlängert wurde, schließt wirklich freie, gleiche und geheime Wahlen nahezu aus. Auch andere neue gesetzliche Bestimmungen sprechen den Prinzipien einer freien Wahl Hohn.

1. So verbietet eine Änderung der Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes Nr. 3858 Wahlwerbung im Fernsehen und Radio und beschränkt das Recht auf Wahlkampf durch Flugblätter, Plakate u.ä. erheblich. Diese Beschränkungen, die es bei den letzten Wahlen noch nicht gab, wirken sich vor allem auf die Nicht-Regierungsparteien negativ aus.

2. Das Wahlgesetz Nr. 298, Artikel 52 mit dem geänderten Artikel 94, das uniformierten und bewaffneten Personen das Betreten des Wahllokals verbot, wurde durch eine Gesetzesänderung für das Ausnahmezustandsgebiet - also in den kurdischen Provinzen - außer Kraft gesetzt. Das heißt, bewaffnete und uniformierte Kräfte haben jetzt die Möglichkeit zu den Wahlurnen zu gehen und mit ihren Waffen abzustimmen.

Der Sinn dieser Änderung: Hunderttausende Soldaten, die in den kurdischen Provinzen ihren Wehrdienst leisten müssen, Polizisten, Spezialteamkräfte, Kommandokräfte, Dorfschützer u.ä. können jetzt auf gesetzlicher Basis mit ihren Waffen und anderen Gerätschaften bewaffnet die Wahllokale betreten, abstimmen und sich neben die Wahlurnen stellen. Das wird den Wahltag zu einem Tag der "Demonstration der Stärke" machen.

3. Mit der Änderung des Gesetzes Nr. 293, Paragraph 7, das die Öffnungszeit der Wahllokale von 8.00 bis 17.00 Uhr festlegte, kann der Anfang und das Ende dieser Zeiten der Stimmgabe willkürlich verändert werden. Es ist offensichtlich, daß dies und der hinzukommende Umstand, daß auch die Wahlurnen in den kurdischen Provinzen, in denen die "Sicherheit des Lebens nicht mehr gegeben" ist, "an bestimmten Orten konzentriert" und wahrscheinlich in Dorfschützer-Dörfern aufgestellt werden, die freie Beteiligung an den Wahlen beeinträchtigt.

4. Die Änderung des Gesetzes Nr. 298, Artikel 9 verbietet die Benutzung "einer anderen Sprache und Schrift als die türkische". Hierbei geht es ganz eindeutig um ein Verbot der kurdischen Sprache, deren Gebrauch damit bestraft werden soll.

5. Der Paragraph 17 ist eine Ergänzungsänderung des Gesetzes Nr. 298, der bestimmt, daß die Wahlurnen in einem einzigen Stadtteil oder für mehrere Dörfer gemeinsam in einem bestimmten Dorf aufgestellt werden. Diese Gesetzesänderung nimmt vielen wichtigen Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit, in ihrer eigenen natürlichen Umgebung zu wählen und weite Wege in Kauf zu nehmen.

6. Die Auszählung der Stimmen wird nicht "vor Ort", sondern in bestimmten Zentren durchgeführt, in die die Sicherheitskräfte die Wahlurnen mit Hubschraubern transportieren werden.

800 zerstörte Dörfer; 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht, die "nicht registriert" und deshalb nicht wahlberechtigt sind; Mord und Totschlag an demokratischen Politikern; Überfälle auf Büros demokratischer Parteien. Vor diesem Hintergrund kann in Südost-Anatolien weder frei gewählt noch ein guter Weg in eine friedlichere Zukunft gefunden werden. Die türkische Regierung versucht, die internationale Öffentlichkeit zu täuschen.

7. Gegen 16 Bürgermeister wurde vom Staatssicherheitsgericht ein Ermittlungsverfahren mit der Anschuldigung "Spaltung des Staates, des Landes und der Nation" eingeleitet. Einige wurden bereits vom Amt entfernt.

(-/24. Februar 1994/hgs/ks)

Rexrodt und Co. wünschen amerikanische Verhältnisse in den Betrieben
Regierung will Sonntagsarbeit durch die Hintertür einführen

Von Renate Rennebach MdB

Endlich liegen sie vor die seit Wochen angekündigten Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Entwurf der Bundesregierung für ein sogenanntes Arbeitszeitrechtsgesetz. Daß es sich dabei um sage und schreibe 32 (!) Änderungsanträge zu einem Gesetzentwurf des eigenen Ministers handelt, ist an sich schon bezeichnend für die Uneinigkeit und Zerstrittenheit im Regierungslager.

Was jedoch die Koalition mit ihren Anträgen zu ändern gedenkt, ist der eigentliche Skandal. Konnte man angesichts der Ergebnisse der Sachverständigenanhörung im Ausschuß und der von fast allen Seiten vorgebrachten ebenso zahlreichen wie vehementen Proteste noch darauf hoffen, daß Regierung und Koalition das durch Artikel 140 grundgesetzlich geschützte Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot respektieren, mußte man sich nun eines Besseren belehren lassen: Die Bedingungen für Ausnahmegenehmigungen zur Sonn- und Feiertagsarbeit sind in den Änderungsanträgen nicht verschärft worden, sondern sollen im Gegenteil sogar noch erleichtert werden. Geht es nach dem Willen der Koalition, werden somit in Zukunft statt weniger noch wesentlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den verschiedensten Branchen in die Situation kommen, arbeiten zu müssen, obwohl es sich um - laut Grundgesetz - "Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung" handelt, die "gesetzlich geschützt" sind.

Ganz offensichtlich haben sich also die wirtschaftsliberalen Hardliner in der Regierung, sprich die Chefregulierer Marke Rexrodt, durchgesetzt gegen die CSU und ihr kirchlich-katholisches Klientel sowie vor allem gegen alle die, für die Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechte wichtiger sind als Unternehmerprofite.

Diese Regierungskoalition ist offensichtlich mit allen Mitteln bestrebt, US-amerikanische Verhältnisse auch in Deutschland einzuführen, das heißt beispielsweise durch unregelmäßige Arbeitszeiten hervorgerufene Krankheiten und ein Familienleben mit Terminkalender. Sie hat dabei jedoch übersehen, daß sich dort durch die Clinton-Administration endlich eine andere Entwicklung abzeichnet. Wenn die Bundesregierung nun den Weg von Reagan und Bush gehen will, bleibt nur zu hoffen, daß sie am 16. Oktober auch deren Schicksal teilt: Abgewählt!!!

(-/24. Februar 1994/hgs/ks)

BILD zahlt 3.500,00 DM als Wiedergutmachung

Trotzdem: Verunglimpfungen einzelner müssen endlich zu spürbaren Konsequenzen für die Presse führen

Von Hans Büchler MdB

Ein Fall ...

Die "BILD"-Zeitung veröffentlichte auf Seite 2 am 24.4.93 einen Artikel unter dem Titel "Das sind Bonns faulste Abgeordnete". In diesem Artikel stellte man mich (mit Paßbild) als den "Oberschwänzer" aller Parlamentarier an den öffentlichen Pranger.

Für "BILD" war damals lediglich von Interesse, ob einer in Bonn körperlich anwesend war oder nicht. Aber wenn schon die Anwesenheitslisten das einzige Kriterium für Faulheit oder Fleiß sein sollen, dann hätte man wenigstens erwarten können, daß diese Listen richtig ausgezählt und vor allem interpretiert werden. In meinem Fall war die "BILD" skrupellos genug, zu behaupten, daß ich 15 mal 90,00 DM Strafe zahlen mußte. Das war unverschämt gelogen. Ich hatte nur ein einziges Mal 90,00 DM zu zahlen, und das auch nur, weil ich eine wichtigen Termin im Wahlkreis wahrnehmen mußte. Ansonsten war ich im Auftrag des Bundestages bei Sitzungen der WEU und des Europarates, was im Protokoll des Deutschen Bundestages zweifelsfrei und ordnungsgemäß dokumentiert ist.

Das alles liegt nun beinahe ein Jahr zurück. Seither mußte ich auf bittere Weise erfahren, wie sehr meine Familie, meine Freunde und ich seither beinahe täglich auf die eine oder andere unschöne Weise mit dieser Geschichte konfrontiert werden.

Was uns bis heute empört: "BILD" brachte diese Sensationsstory - in der zudem meine Kollegen Wilfried Böhm (CDU) und Hans Gattermann (FDP) namentlich genannt und denunziert wurden -, obwohl ihr klar sein mußte, wie falsch und verlogen ihr Artikel war. Mehr noch: kalt lächelnd und mit tausend schönen Versprechungen ging man noch am selben Tag zur Tagesordnung über.

Wenn die Verantwortlichen in Massenkommunikationsorganen die billige Effekthascherei um kurzfristiger pekuniärer Erfolge willen anpeilen, wenn sie die Auftragssteigerungen ihres "Blattes" zur alleinigen Richtgröße machen und mit skrupellosen Methoden durchsetzen, bleibt die Wahrheit und Fairneß auf der Strecke. Dies alles wissen wir längst. Doch sozusagen am eigenen Leib zu erfahren, wie man aufgrund eines solchen Artikels geschmäht und beleidigt wird, ist in jedem Einzelfall eine ganz andere Sache.

Zynischerweise kann so, wie geschehen, selbst der Schwerkranke, der z.B. für ein paar Wochen nicht nach Bonn kommen kann, zum Faulpelz stigmatisiert werden. Hans Gattermann ist inzwischen verstorben. Daß er in der letzten Phase seiner schweren Krankheit als Faulenzer tituliert wurde, ist bitter. Auch wer, wie Wilfried Böhm und ich, im Auftrag des Bundestages in internationalen Institutionen wie der WEU oder der parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig war und ist und zahlreiche zusätzliche Verpflichtungen auf sich genommen hat, kann ebenso unvermittelt und gnadenlos gebrandmarkt werden, wenn nur das Los, die Laune oder das Kalkül eines BILD-Journalisten ihn trifft.

... und wie der Fall über Monate behandelt und verschleppt wurde.

Einige von "BILD", die im nachhinein nicht einmal die Verantwortung für solche ehrabschneidenden Artikel übernehmen (man hat uns bis heute nicht einmal gesagt, wer den Artikel überhaupt geschrieben hat), haben kein Empfinden mehr dafür, was sie mit solcher Schreibe anrichten. Stattdessen sind sie unausgesetzt gleichgültig und menschenverachtend genug, den Betroffenen sogenannte "Wiedergutmachungsgeschichten" anzukündigen, uns zu vertrösten und hinzuhalten.

Als sie die erste "Wiedergutmachungsgeschichte" endlich veröffentlichten, hatten sie die Chuzpe, kein Wort der Entschuldigung oder der Berichtigung zu bringen, lediglich die kaum überraschende Schlagzeile, daß die Abgeordneten sich selbst als nicht faul einschätzen und viel herumreisen. Das allerdings war ein Bärendienst für uns. Waren wir bisher grenzenlos faul, meinten manche nunmehr in uns die Prahler und Aufschneider der Nation sehen zu müssen.

Als die "BILD" vor ein paar Tagen nochmals etwas zu diesem Fall veröffentlichte, nachdem ihr in einem außergerichtlichen Vergleichsverfahren nahegelegt wurde, jeweils 3.500.- DM als Entschädigung zu zahlen, die entstandenen Anwaltkosten zu übernehmen und einen Wiedergutmachungsartikel zu veröffentlichen, der diesen Namen auch verdient, legte sie uns unverfrorenweise abermals herein.

In dem Artikel steht nämlich nichts davon, daß die "BILD" selbst sich diese Skandalgeschichte ausgedacht hat, steht weiterhin nichts davon, daß die "BILD" zur Wiedergutmachung eine Spende an die Arbeiterwohlfahrt gegeben hat und sie aus opportunistischen Gründen, sicherlich um ein gerichtliches Verfahren zu vermeiden, uns sozusagen diesen Geldbetrag gezahlt hat. Stattdessen sieht es so aus, als ob wir - aus irgendwelchen humanitären Gründen - Spenden an die Arbeiterwohlfahrt und anderen Organisationen gegeben haben. Dazu fällt mir nun endgültig nichts mehr ein.

Allgemeine Konsequenzen aus diesem Fall

Politik- und Politikerverdrossenheit haben sicherlich inzwischen zum Teil auch damit zu tun, daß solche Verleumdungen und Lügen millionenfach gedruckt werden dürfen und so unwidersprochen stehenbleiben. Genauso schlimm ist es, wenn Menschen aus anderen Berufen und Lebenszusammenhängen ungerechtfertigt denunziert und an den öffentlichen Pranger gestellt werden. Jeder von uns kennt Beispiele zur Genüge. Einzelschicksale, gebrochene Existenzen, menschliche Katastrophen, die auch deshalb entstanden, weil es einzelne unverantwortliche Journalisten gab und gibt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich haben die Medien höchst wichtige und unverzichtbare Aufgaben in unserer Gesellschaft, zum Beispiel die der Kontrolle staatlicher Macht. Es sollte kein Jota nachgegeben werden bei der Verteidigung journalistischer Freiheiten, bei der Verteidigung der Freiheit von Wort und Schrift. Was aber haben solche reißerischen und nachweislich absolut falschen Behauptungen mit Pressefreiheit zu tun?

Die Publizistischen Grundsätze (Pressekodex) des Deutschen Presserats in der Fassung vom 27. November 1991 beginnen mit dem Satz: "Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse." Sie stellen in Satz 8 klar fest: "Es widerspricht journalistischem Anstand, unbegründete Beschuldigungen, insbesondere ehrverletzender Natur, zu veröffentlichen."

Der "Bild"-Zeitung - und jedem anderen Presseorgan, das eine offenbare und nachweisbare Unwahrheit veröffentlicht - muß unmißverständlich klar werden, daß billige Lügenberichterstattung für sie nicht folgenlos bleibt. Es handelt sich hier immer nur um wenige schwarze Schafe, die eine ganze ehrenwerte Zunft in Mißkredit bringen.

Wir, d.h. der Gesetzgeber, sollte also in einem Mediengesetz festschreiben, daß die Rechte des deutschen Presserats gestärkt werden, aber auch, ähnlich wie es in den angelsächsischen Ländern praktiziert wird, daß bei offensichtlichen Verstößen gegen die Wahrheit zukünftig auch in Deutschland empfindliche Strafen greifen können. Eine Gendarstellung nützt erfahrungsgemäß wenig bis nichts, weil beim Leser Zweifel bleiben. Es sollte daher unser aller Interesse sein, wirklich effektive Schutzwälle aufzurichten, damit Menschen nicht öffentlich mit - nachweislich - falschen Darstellungen fertiggemacht werden können. Wo nämlich die Persönlichkeitsrechte eines Menschen derart mit Füßen getreten werden, helfen nur stärkste finanzielle Sanktionen für die Presseleute und deren Verleger. Nur so können solche Skandalgeschichten vermieden werden. Politikern wäre dann zu raten, die zu zahlenden sehr hohen Beträge wohltätigen Zwecken zuzuführen.

(-/24. Februar 1994/hgs/ks)
